

Der ungeliebte Aufrechte

Werner Borcharding war gerne Steuerfahnder - bis zu dem Zeitpunkt, als er klügelnde Kollegen verpiff. Nun wird ihm vorgeworfen, er habe den Amtsfrieden beeinträchtigt

In der taz vom 14.12.2007 erschien eine stark gekürzte Fassung dieses Textes

Von dem Tag, der sein Leben für immer verändert hat, erzählt Werner Borcharding nicht viel. Alles was danach kam, hat diesen Tag im Winter 1994 weit ins Abseits gedrängt. Alles was danach kam ist wichtiger. "Ich hab schon immer den Mund aufgemacht, wenn mir etwas nicht passt", sagt Borcharding. Wahrscheinlich hat er deshalb im Winter 1994 einen großen Umschlag in seinem Briefkasten. Da ist Borcharding gerade noch 46 Jahre alt und arbeitet schon seit fast 20 Jahren beim Finanzamt für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung in Münster. In dem Umschlag den er zu Hause aus seinem Briefkasten holt, steckt Material zum Fall des Farbenherstellers Brillux. "Da hatte wohl jemand die Hoffnung, dass sich dann etwas tut", sagt Borcharding.

In den Fluren des Finanzamts Münster spricht man Mitte der neunziger Jahre viel über den Brillux-Fall. Borcharding erinnert sich, dass eine andere Dienststelle den Farbenhersteller im Visier hatte. Es ging um vermutete Steuerhinterziehung in Höhe von mehr als einer halben Million Mark. Gegen den Firmenchef Franz Wilhelm König und seinen Steuerberater Friedrich Helmert wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Doch dann war der Fall plötzlich vom Tisch. "Alle haben darüber geredet. Niemand hat verstanden, warum wir Brillux 500.000 Mark schenken sollten", sagt Borcharding. Der Leitende Beamte der Oberfinanzdirektion (OFD) Münster, Karsten Notthoff, hatte die Steuerfahndung schriftlich angewiesen, das Strafverfahren einzustellen - und im Finanzamt Münster macht das Wort von Rotarier-Verbindungen die Runde. Sowohl der Brillux-Steuerberater Helmert als auch der Chef der OFD Münster, Jürgen Himstedt, sind Mitglieder des honorigen Rotary Clubs. "Das Ziel von Rotary ist Dienstbereitschaft im täglichen Leben", heißt es in dem als "vertraulich" gekennzeichneten Mitgliederverzeichnis von 1996/97 in dem OFD-Chef Himstedt als Präsident des Rotary Clubs Münster aufgeführt ist. Rotary suche diesem Ziel auch durch Pflege der Freundschaft als einer Gelegenheit sich anderen nützlich zu erweisen näher zu kommen, steht in dem Verzeichnis.

Doch davon weiß Borcharding noch nichts, als er im Winter 1994 den Umschlag öffnet. Ein Kollege hatte ihm anonym eindeutiges Material zu dem Fall zukommen lassen. "Ich war erst sprachlos", sagt Borcharding. "Aus den

Unterlagen ging hervor was da konkret abgelaufen ist." Da sollte ein stadtbekannter Bürger geschont werden. Fast vier Monate überlegt der Steuerfahnder was er mit dem Material machen soll. "Das ist eine gefährliche Kiste. Da muss man höllisch aufpassen". Im April 1995 reicht Borcharding das Material anonym an die Generalstaatsanwaltschaft weiter und erstattet Strafanzeige, die er unterzeichnet mit "einige aufrechte Mitarbeiter der Finanzverwaltung". Dann verändert sich sein Leben für immer.

Die beauftragte Staatsanwaltschaft in Bochum wird aktiv. Es kommt zu Razzien - bei Brillux, der OFD und der Steuerfahndung Münster. Es werden strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet: gegen den damaligen Finanzpräsidenten Wilhelm Wendt, gegen den Leitenden Beamten Karsten Notthoff und gegen einen dritten Beamten. Werner Borcharding war zum Whistleblower geworden. Einer der Alarm schlägt. Einer von den Menschen, die auf Missstände in ihren Betrieben hinweisen.

Zu Korruption und Rechtsbrüchen kommt es in vielen Betrieben und Dienststellen. Aber es gibt nicht viele Menschen wie Werner Borcharding. Menschen die ihren Mund aufmachen. Menschen die sich gegen ihre Vorgesetzten wenden. Nicht weil sie sich davon persönliche Vorteile erhoffen. Sondern weil sie auf ein Unrecht aufmerksam machen und ihren Betrieb davor schützen wollen. "Der Bürger hat ein Anrecht auf eine saubere Verwaltung", sagt Borcharding. Jahre später ziehen diese Menschen einen dicken Aktenkoffer voller Unterlagen hervor: Anklageschriften, Zeitungsausschnitte, Briefe, Petitionen, Info-Broschüren. Gesammelte Zeugnisse eines langen Kampfes um Anerkennung und Recht. Whistleblower haben in Deutschland keine Lobby. Und sie haben keine Freunde. In deutschen Köpfen ist das Alarmschlagen vielerorts immer noch gleichbedeutend mit Denunziantentum und Verrat.

Das bekommt auch Werner Borcharding im Herbst 1995 zu spüren. Gegen ihn wird ein Strafverfahren wegen Verletzung des Steuergeheimnisses eingeleitet. Nachdem auf ihn selbst von Gewerkschaftsseite aus Druck ausgeübt wurde, hatte Borcharding sich als Whistleblower geoutet. "Mein ganzes Vorgehen war ein Fehler. Ich hätte mir als erstes einen Anwalt holen sollen", sagt Borcharding heute.

Borcharding liebt Münster. Besucher führt er gerne durch seine Heimatstadt. Zeigt ihnen das historische Rathaus und die vielen Kneipen. Erzählt über die Lambertikirche und die Universität. Im Stadtzentrum wohnt er mit seiner Familie in einer Erdgeschosswohnung. Borcharding ist im Kirchenvorstand und er ist Mitglied in einem Fotoclub. "Ich porträtiere gerne Münsteraner", sagt er. Im Mai 1996 wird Borcharding nach Coesfeld strafversetzt. 40 Kilometer entfernt von Münster. Der damalige OFD-Präsident Jürgen Himstedt habe ihn persönlich in sein Büro zitiert, sagt Borcharding. "Er hat

gesagt, er würde dafür sorgen, dass das alles aus der Welt kommt, wenn ich der Versetzung zustimme."

Coesfeld. Für Borcharding heißt das jeden Tag pendeln. Der seit 25 Jahren im Außendienst tätige Steuerfahnder landet im Innendienst obwohl beim Finanzamt Coesfeld alle Planstellen bereits belegt waren. "Die Steuerfahndung war stressig, aber sie hat Spaß gemacht", sagt Borcharding. In Coesfeld warten andere Aufgaben. "Stundung. Fristverlängerung. Mit dem ganzen Kram sollte ich mich da beschäftigen." Eine anstehende Beförderung wird Borcharding versagt. Rund 500 Mark mehr hätte er mit dem neuen Dienstgrad jeden Monat verdienen können. Mittlerweile wird Borcharding selbst von langjährigen Freunden gefragt: "Warum hast Du das gemacht." "Das macht traurig", sagt Borcharding. Er wird krank. Herzbeschwerden. Magenprobleme. Schlaflosigkeit. Wie krank genau möchte er nicht sagen. "Ich will nicht dass sich diese Vögel darüber freuen."

Diese Vögel, das sind für Borcharding vor allem Nothoff und Wendt. Die Männer begleiten ihn seit mehr als zehn Jahren. Zumindest in Gedanken. Der Abschlussbericht der Bochumer Staatsanwaltschaft liest sich wie eine Anklageschrift gegen die beiden Beamten. Von "Strafvereitelung im Amte" ist da die Rede und von "Rechtsbeugung", "Begünstigung im Amte" und "Verleitung von Untergebenen zu strafbaren Handlungen". Es bestünde der hinreichende Verdacht, dass Forderungen des Fiskus zu Unrecht niedergeschlagen wurden, beziehungsweise auf diese verzichtet wurde. Trotzdem kommt die Staatsanwaltschaft am Ende zu dem Schluss, die Verfahren gegen die Beamten einzustellen. "Mangels sichern Nachweises einer konkreten Einflussnahme", heißt es. Im Frühjahr 2000 wird der leitende OFD-Beamte Nothoff vom damaligen nordrhein-westfälischen Finanzminister Peer Steinbrück zum Finanzpräsidenten befördert. Die Firma Brillux akzeptiert später vor dem Landgericht eine Geldauflage von 500.000 Mark wegen Steuerhinterziehung.

"Klar habe ich etwas bewirkt - nur nicht für mich", sagt Werner Borcharding. "Alle anderen sind befördert worden. Ich nicht." Borcharding ist ein selbstbewusster Kämpfer. "Ich habe immer schon ein bisschen Engagement gezeigt", sagt er. "Die Leute sind so borniert. Wenn man mal etwas sagt, dann ist man gleich ein Aufrührer." In Münster war Borcharding Personalrat und Ortsverbandsvorsteher und schon zu Bundeswehrzeiten hat er sich für seine Kameraden eingesetzt. Der Aufrührer Borcharding war gefragt. Jetzt fühlt er sich manchmal allein gelassen. "Es muss doch möglich sein, solche Dinge anzuzeigen, ohne negative Dinge erleben zu müssen." Aus seinem Aktenordner kramt Borcharding auch Karikaturen. Sauber abgeheftet und mit Datum versehen. Genau wie die Anklageschriften, Zeitungsausschnitte, Briefe und Petitionen. Auf einer Zeichnung ist ein Bürger zu sehen, der das

Grundgesetz in der ausgestreckten Hand hält. Um ihn herum lachende Richter, die mit dem Finger auf ihn zeigen.

Borcharding kämpft auch im Jahr 2000 noch. Das Jahr in dem Nothoff zum Finanzpräsidenten wird. Das Jahr 5 in Borchardings neuem Leben als Whistleblower. Im April informiert er Innenminister Fritz Behrens und Finanzminister Steinbrück über seinen Fall - und wird tatsächlich wieder nach Münster zurückversetzt. Allerdings nicht zur Steuerfahndung. Der Job über den Borcharding bis heute so viele Anekdoten berichten kann, dass er darüber sein Bier warm werden lässt, bleibt ihm bis zu seiner Pensionierung verwährt. Das Strafverfahren gegen ihn ist zu diesem Zeitpunkt zwar schon längst eingestellt. Die Vorwürfe gegen seine Vorgesetzten seien im Kern nicht unrichtig, heißt es zur Begründung. Trotzdem unterliegt er 2002 vor dem Verwaltungsgericht im Kampf gegen seine Zwangsversetzung und Nicht-Beförderung. Er habe den Amtsfrieden beeinträchtigt und nicht hinnehmbare Unruhe verursacht. Der Aufrührer Borcharding stolpert über seine eigenen Maßstäbe. "Vergessen kann man das nicht", sagt Borcharding. "Man kann das nur Stück für Stück abhaken. Aber so weit bin ich schon. Ich mach mir jetzt einen Spaß daraus".

Wirklich lachen kann Borcharding über sein neues Leben aber bis heute nicht. 2005 ließ sich er sich mit 57 pensionieren. "Jedes Jahr ist jetzt ein gewonnenes Jahr", sagt Borcharding. Kämpfen tut er trotzdem noch. Zusammen mit anderen Whistleblowern gründete er im Herbst 2006 das Whistleblower-Netzwerk. Die Whistleblower in Deutschland kennen sich. Sie veranstalten Tagungen, verleihen Preise und helfen sich gegenseitig, weil es sonst kaum jemand tut. Als gemeinnütziger Verein will das Whistleblower-Netzwerk die Rahmenbedingungen für Whistleblower in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verbessern. Mittelfristig angestrebt ist eine Vernetzung von Whistleblowern und ihren Unterstützern in Deutschland.

Dieter Deiseroth ist einer dieser Unterstützer. Ihn kennen sie alle. "Der Deiseroth, der wohnt gar nicht weit von hier. In Düsseldorf", sagt auch Werner Borcharding. Dieter Deiseroth ist Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig und der prominenteste Fürsprecher der Whistleblower in Deutschland. Neben seinem Schreibtisch in seinem Leipziger Büro steht ein kleiner Rollkoffer. Deiseroths Nachhauseweg führt einmal quer durch Deutschland.

"Ethische Dissidenten", nennt Deiseroth die Whistleblower. "Explizite Normen zum Schutz von ethischen Dissidenten fehlen bei uns fast vollständig", sagt er. Seit rund 20 Jahren setzt sich Deiseroth dafür ein, dass sich das in Deutschland ändert. Mitarbeiter von Behörden und Unternehmen, die öffentlich Alarm schlagen, weil sie Missstände aufdecken, Straftaten

oder Vergehen vermuten, haben hier zu Lande schlechte Karten. Anders als beispielsweise in Großbritannien oder den USA gibt es in Deutschland keinen gesetzlichen Schutz für ethische Dissidenten die Betriebsinterna publik machen um allgemeine Gefahren aufzuzeigen. So sind Angestellte und Arbeiter nur durch einige Passagen im Arbeitsschutzgesetz, in manchen Landes-Datenschutzgesetzen oder in einzelnen Tarifverträgen vor der Rache ihrer Arbeitgeber geschützt. In Deutschland werden Whistleblower abgemahnt, entlassen und verklagt. Da die Gerichte wegen fehlender Schutzbestimmungen auf diese allgemeinen Regelungen und auf Grundsätze der Verhältnismäßigkeit berufen, ergibt sich für ethische Dissidenten eine relativ große Rechtsunsicherheit.

Dabei können sich Whistleblower bereits heute auch auf das Petitionsrecht berufen. Artikel 17 des Grundgesetzes gibt jedem das Recht, sich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen zu wenden. Außerdem gibt es einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2001. Bürger müssen gegen zivilrechtliche Nachteile geschützt sein, solange sie ihre staatsbürgerlichen Rechte oder Pflichten wahrnehmen und zum Beispiel einen Staatsanwalt auf strafbare Misstände aufmerksam machen, heißt es darin. Nur: "Das wird alles nicht zu genüge angewendet", sagt der Richter Deiseroth. Unter seinem grauen Anzug trägt er ein sehr buntes Hemd. Deiseroth holt keine Akten aus einem Koffer. Er hat die wichtigen Dinge im Kopf. Und er hat sie schon sehr oft erzählt. Deiseroth ist ein Routinier.

Vor allem Beamte wie Werner Borcharding haben es schwer, sagt er. Geben sie Interna an die Staatsanwaltschaft oder an die Presse weiter, wirft ihnen ihr Dienstherr "Flucht in die Öffentlichkeit" vor. In der Regel mit Erfolg. Da es sich dabei um ein Dienstvergehen handelt, haben Whistleblower vor Gericht oftmals keine Chance sich gegen ihre Strafversetzung, Nicht-Berföderung oder Entlassung zu Wehr zu setzen.

Für Deiseroth geht es um Prinzipielles. Ihm geht es um die Gesellschaft. "Whistleblowing ist von ungeheurer Relevanz", sagt er. "Denken Sie zum Beispiel an die Forschung. Stichwort: Drittmittel." Ohne ethische Dissidenten würden viel zu oft negative Befunde unter den Tisch gekehrt um es den Sponsoren recht zu machen, fürchtet Deiseroth. "Whistleblower können da Transparenz schaffen wo sie dringend nötig ist."

Die Gesellschaft braucht Whistleblower - die Gesellschaft hasst Whistleblower. Ethische Dissidenten sind das leibhaftig gewordene schlechte Gewissen. Whistleblower stoßen Mitarbeiter vor den Kopf, die klüngeln, vertuschen und schmieren, weil sie ihre Pläne durchkreuzen. Und sie stoßen Mitarbeiter vor den Kopf, die all das mit ansehen aber aus Angst um ihre berufliche Zukunft wegsehen. "Jedes Whistleblowing ist zugleich eine Aussage an die Kollegen:

Warum machst Du da mit. Oder: Warum tust Du nichts dagegen", sagt Deiseroth. "Es erfordert ein großes Maß an Zivilcourage das durchzuziehen."

Der Bundesverwaltungsrichter sieht dringenden Reformbedarf in Deutschland. Weil die Treuepflichten des Beamtenrechts in der Regel vor Gericht stärker gewichtet werden als das Grundrecht der Meinungsfreiheit, müsse die Schutzgarantie des Grundgesetzes in alle Beschäftigungsverhältnisse aufgenommen werden - auch in der Privatwirtschaft. Für Deiseroth ist klar, dass an drei Punkten besonders gearbeitet werden muss: Er fordert eine Verbesserung der ethischen Infrastruktur. In Betrieben sollen demnach Ethik-Codizes verfasst werden, an die sich alle Beschäftigten halten müssen. Außerdem muss es in jedem Betrieb einen Ombudsmann geben, dem sich Mitarbeiter anvertrauen können. Auch anonym. Und schließlich müssten seiner Meinung nach ethische Auszeichnungen geschaffen werden. "Das würde die Dialogkultur verändern. Weg von den Extremfällen", sagt Deiseroth. Eigentlich arbeitet er nicht am Whistleblower-Schutz. Eigentlich arbeitet Deiseroth am Gewissen der Gesellschaft.

"Es fehlt in Deutschland noch am Problembewusstsein, am hinreichenden sozialen Druck", sagt er. "Es gibt Parlamentarier, die glauben es gebe kein Problem dieser Art in Deutschland." Deiseroth lehnt in einem Sessel in seinem Büro. Er regt sich darüber nicht auf. Für ihn ist das seine Arbeit. "Was wir hier zu Lande bräuchten ist die Umkehr der Beweislast", sagt er. Im Fall Borcharding hätte dann nicht der Steuerfahnder beweisen müssen, dass in seiner Behörde geklüngelt wurde. Die Behörde hätte beweisen müssen, dass dem nicht so ist. "So etwas würde einen herrschaftsfreien Diskurs fördern", sagt Deiseroth. Auch im Fall Heinisch hätte das vieles geändert, sagt der Richter.

Der Fall Heinisch heißt eigentlich Brigitte Heinisch. In ihrer Berliner Drei-Zimmer-Wohnung hat sie Kekse und Kaffee auf dem Esstisch stehen. Und einen Aktenordner mit sortierten Unterlagen. Zeitungsausschnitte, Briefe, Petitionen, Info-Broschüren. Auch Brigitte Heinisch kennt Dieter Deiseroth. In diesem Jahr hat sie den Whistleblower-Preis bekommen, der unter anderem von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler verliehen wird. Bei der Verleihung war auch Dieter Deiseroth dabei. Seit fünf Jahren kämpft die 46 (?)-Jährige für eine menschenwürdige Altenpflege.

In Birgitte Heinisch' Leben ist die einzige Konstante ihr Wohnsitz: Berlin-Prenzlauerberg. "Hier gehe ich auch nicht mehr weg", sagt sie. Einen Tag, der ihr Leben für immer verändert hätte, gibt es nicht. Sie hat zwei behinderte Kinder. Sie ist in der DDR aufgewachsen. Ihr Leben hat sich ständig verändert. Nach der Wende lässt sich die Lageristin zur Krankenpflegerin umschulen. Zuvor hatte sie im Rahmen einer

Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit Alten und Behinderten gearbeitet. "Das hat mir gefallen, das wollte ich machen", sagt Heinisch. 1999 schließt sie ihre Ausbildung mit der Note 1,7 ab. "Natürlich bin gleich genommen worden." Sie fängt bei Vivantes an. Ein großer Pflegekonzern, der in Berlin mehrere Heime unterhält. Es ist der Anfang vom Ende ihres normalen Berufslebens.

In dem Pflegeheim in dem Heinisch arbeitet, herrschen menschenunwürdige Zustände. 70 Pflegebedürftige müssen von drei Helfern versorgt werden. "Das war die reinste Fließbandarbeit", sagt Heinisch. "Rein ins Zimmer, ausziehen, waschen, windeln, anziehen, weiter." Zunächst versucht sie sich dem anzupassen und den Personalmangel zu kompensieren. "Ich habe doppelt gearbeitet. Irgendwann bin ich an meine Grenzen gestoßen." Immer wieder versucht sie ihre Vorgesetzten auf die Unterversorgung hinzuweisen. Zehn Überlastungsanzeigen habe sie geschrieben, sagt Heinisch. Sie informiert den Aufsichtsrat, die Heimaufsicht, den zuständigen Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft. Im Herbst 2003 schreibt sie an ihre Vorgesetzten eine Liste mit Vorschlägen, wie eine menschenwürdige Grundversorgung der Heimbewohner umgesetzt werden könnte. "Ich habe die Dienstwege eingehalten. Ich habe gedacht: Wenn hier etwas passiert, dann sind wir alle dran", sagt Heinisch. Aber alle Schreiben werden ignoriert. Dabei handelt Heinisch ganz im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes. Im Paragraph 15 heißt es da: "Die Beschäftigten haben auch für die Sicherheit und Gesundheit von Personen zu sorgen, die von ihren Handlungen oder Unterlassungen bei der Arbeit betroffen sind."

Es ändert sich nichts. Alles wird schlimmer. Heinisch soll Pflegedokumentationen unterschreiben, für Leistungen, die gar nicht erbracht worden sind. "Die konnten überhaupt nicht erbracht werden, weil nicht genügend Personal da war", sagt sie. "Da ging es nicht um die Menschen, sondern darum, dass alles für die Pflegeversicherung passt." Das sei Betrug gewesen, um die Menschen weiterhin fabrikmäßig pflegen zu können, sagt Heinisch. Anfang 2004 droht sie ihrem Personalreferenten: "Wenn Sie das nicht ändern, dann mache ich eine Meldung an die Staatsanwaltschaft". Es ändert sich nichts. Heinisch geht zur Staatsanwaltschaft.

Hier nimmt die Geschichte von Brigitte Heinisch eine ähnliche Wendung wie die Geschichte von Werner Borcharding. Mobbing, Versetzung, Kündigung, Krankheit. "Ich habe Herzbeschwerden bekommen. Psychosomatische Beschwerden, die mich tagelang ans Bett gefesselt haben", sagt Heinisch. Insgesamt drei Kündigungen bekommt die Krankenpflegerin zugestellt. Unter anderem wegen einem Flugblatt, das sie verteilt hat. Darin hatte sie die sofortige Rücknahme ihrer ersten Kündigung gefordert, die rein politisch

motiviert gewesen sei. "Das hat mich hart getroffen und sehr nachdenklich gemacht", sagt Heinisch. Ihr Vater wurde 1933 zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er antifaschistische Flugblätter gedruckt hatte.

Der Schriftwechsel mit den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und ihrem Anwalt füllt mittlerweile mehrere Aktenordner. So viele Aktenordner, dass Kaffee und Kekse auf dem Esstisch keinen Platz mehr haben, wenn sie über ihren Fall erzählt. Sie arbeitet schon lange nicht mehr bei Vivantes. "Die ganze Ignoranz, das ganze Chaos hat mich so kaputt gemacht. Meine Familie hat darunter schwer gelitten." Trotzdem hört sie nicht auf zu kämpfen. Kein einziges Verfahren ist bislang entschieden und Rückschläge gibt es genügend. Im Mai 2005 schreibt die Staatsanwaltschaft an ihren Rechtsanwalt: "Es ist nicht Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, Ermittlungen wegen Vermutungen oder allgemeiner Misstände durchzuführen."

Es sind Schreiben wie diese, die Brigitte Heinisch, an dem politischen System zweifeln lassen. "Wenn man am Bett diese menschenverachtende Politik mittragen muss, dann muss man sich einfach eine Meinung bilden", sagt sie. Brigitte Heinisch hat sich eine marxistisch-leninistische Meinung gebildet. Auf ihrem Esstisch liegt neben den Keksen auch die "Rote Fahne", die Wochenzeitung der MLDP. "Ein System, das den Menschen keine Zukunft bieten kann, besonders der Jugend, hat selber keine Zukunft mehr und gehört ersetzt durch ein menschenwürdiges System", sagt sie.

Brigitte Heinisch' Leben hat sich wieder einmal verändert. Unter den Whistleblowern ist sie eine Berühmtheit. Zeitungsberichte, Fernsehbeiträge, Preise. Heinisch hat sich entschlossen öffentlich für ihr Recht und für ihre Sache zu kämpfen. Sie weiß, dass sie nur eine von vielen Menschen ist, die etwas zu sagen haben. Aber sie ist eine von wenigen, die sich trauen. Als sie den Whistleblowerpreis in Berlin in Empfang nimmt, sagt sie in ihrer Dankesrede: "Viele Menschen haben Angst ihre Meinung im Betrieb zu sagen, werden mit Kündigung bedroht. Die Aussicht auf Hartz IV und Armut lässt viele schweigen." Ihre Rede hat sich hat sich Brigitte Heinisch ausgedrückt. Jetzt liegt sie abgeheftet in einem Ordner auf dem Esstisch. Zusammen mit Zeitungsausschnitten, Briefen, Petitionen und Info-Broschüren.